

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Feiertagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Jahreshälfte 450.— M. Einzelverkaufspr. 40.— M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 130.— Mark, auswärtige 150.— Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 110 M., für Reklamen 520.— M. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 920.

# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 22. Freitag, 26. Januar 1923. 30. Jahrgang.

## Hungerstrategie.

### Absehnung des Ruhrgebiets?

Die Bergarbeiterschaft hat die Arbeit heute nach der Freilassung ihrer Werkleiter restlos wieder aufgenommen. Damit hat sie den besten Beweis erbracht, daß sie den Ausstand nicht dem Streik zu Liebe führt und für den schweren Kampf im Ruhrgebiet das notwendige Verständnis hat. Der Sinn des Widerstandes muß sein, für Deutschland zu produzieren, soweit es möglich ist, dagegen die Arbeit unter den Bajonetten für Frankreich, welcher Art sie auch sei, abzulehnen. Dem Rechnung tragen, entspricht den Interessen des Vaterlandes mehr als das Verhalten der Zechendirektoren, die sich als „Martyrer“ empfangen lassen, während auch sie nur die Pflicht taten, für die der deutsche Bergarbeiter keine Ehrenbezeugungen und keinen Triumph verlangt. Die gleiche Auffassung vertreten unsere Eisenbahner, die sich gegenwärtig in einem schweren Abwehrkampf befinden und ebenso unsere Binnenschiffer, die Maschinisten, Heizer, des Rheins, die den Betrieb auf der wichtigsten deutschen Verkehrsachse stillgelegt haben, weil sie es unter ihrer Würde halten, unter dem Druck der Bajonette zu arbeiten, für ein Volk, das noch nicht einmal allgemeines Völkertrecht respektiert.

Der erste Mißerfolg der Franzosen, Betriebe, Eisenbahn und Banken zu beschlagnahmen, wird bereits vom Ausland bestritten. Ganz offen sagen wir, daß er nie möglich gewesen wäre ohne die Kampfschlossenheit der Arbeiter- und Angestelltenchaft, eher ohne die Zechendirektoren. Das zweite Stadium der französischen und belgischen Gewalttätigkeit wurde im Laufe des heutigen Tages begonnen. Die Truppenverschiebungen, die gestern und heute stattfanden, erfolgten, wie jetzt endgültig feststeht, um in dieses zweite Stadium der Gewalt einzutreten und zuletzt die Zoll-Linie durchzuführen, und das übrige Deutschland vom Ruhrgebiet wirtschaftlich abzuschließen. Die wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte an der Peripherie des neu besetzten Gebietes sind jetzt durch starke Truppenverbände besetzt worden. Ihre Aufgabe ist, Lebensmittel für das Industriegebiet fernzuhalten. Die Kohlenzüge, die unsere Arbeiter bis heute noch für ihre Brüder im Innern Deutschlands bereitstellen, zu beschlagnahmen und zurückzuführen. Die Franzosen sind sich auf Grund der Erfahrungen, die sie seit der Besetzungszeit mit dem deutschen Arbeiter gehabt haben, der Gefahren dieses Aktes bewußt. Sie haben deshalb versucht, sich hierauf im voraus einzustellen. Mehrere tausend französische Eisenbahner sind bereits im neu besetzten Gebiet eingetroffen. Sie sollen bei Dienstverweigerung unsere Eisenbahnbediensteten die Kohlenzüge fahren, die Stellwerke besetzen, überhaupt die Arbeit verrichten, die notwendig ist, um Frankreich in den Besitz von Kohle zu bringen.

Wir wollen nicht im voraus urteilen über den Ausgang des jetzt eingeleiteten Kampfstadiums, das in erster Linie mit Hunger ausgetragen werden soll, nachdem aktive Gewalt mit Bajonetten und Kanonen versagt hat. Aber das eine dürfen wir sagen, daß die Anwesenheit der französischen Eisenbahnangestellten und Beamten in Düsseldorf, Essen und anderen Eisenbahnknotenpunkten noch lange nicht heißt, daß Frankreich Kohle bekommt. Glaubt man denn in Paris, daß es möglich ist, ohne deutsche Eisenbahner die Stellwerke des komplizierten Eisenbahnnetzes zu bedienen? Selbst wenn das der Fall wäre, was jeder Mann der Praxis ganz entschieden verneint, wie denkt man sich denn eine Produktion der Kohle? Unsere Bergarbeiter haben es bisher abgelehnt, einem Vertragsbrecher unter dem Schutz der Bajonette

Kohle zu liefern, sie werden in Zukunft die Förderung einstellen, sobald sie selbst Frankreich zugute kommen soll. Der Kampf ist schwer, aber nicht aussichtslos! Auf der einen Seite wird er mit friedlichen Mitteln geführt, auf der andern Seite soll er durch Hungerelend, mit Gewalt hervorgerufen, ausgefochten werden. Wo bleibt hier das Weltgewissen, wo bleibt hier das kulturelle Empfinden der Nation!

**SPD. Düsseldorf, 25. Januar. (Eig. Drahtber.)**  
Die Absehnung des besetzten Gebietes vom übrigen Deutschland soll zunächst durch starke militärische Maßnahmen erfolgen, die von heute an auf folgenden Bahnhöfen eingeleitet wurden: Sinsen, Wehrhagen, Büren östlich von Dortmund, Hörde, Lothringhausen und Hagen-Vorhalle. Diese Sperllinie bildet einen Halbkreis vor dem inneren Deutschland.

In Düsseldorf ist ein Bureau eingerichtet worden, das die Ein- und Ausfuhrerlaubnis erteilen soll. Dieses Bureau untersteht dem Emser Ausfuhrbureau.

**Verbotene Zeitungen.**  
SPD. Mainz, 25. Januar. (Eig. Drahtbericht.)  
Unser Mainzer Parteiblatt, die Mainzer „Volkszeitung“, ist von Donnerstag bis Sonnabend einschließlich von der französischen Besatzungsbehörde verboten worden. In der Begründung heißt es: „In Ihrem Leitartikel vom 24. Januar haben Sie die Arbeiterklasse aufgereizt zu Kundgebungen gegen die Befehle der Kommission.“

Die „Volksstimme in Duisburg ist ab heute bis zum 1. Februar verboten worden. Belgische Kräfte haben die Zeitung in den letzten Tagen beschlagnahmt.

**Warnung vor Abenteurern!**  
In letzter Zeit häufen sich die Meldungen, die besagen, daß insbesondere junge Leute aus dem Ruhrgebiet ihr Arbeitsverhältnis auflösen, sich in eine Garnisonstadt begeben und dort um die Einstellung in die Reichswehr bitten. So haben vor einigen Tagen in Münster vor dem Oberpräsidenten 600 junge Männer demonstriert und ihre Aufnahme in die Reichswehr verlangt. Am Donnerstag morgen trafen auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin zirka 1000 Personen ein, die eine Delegation zum Reichsinnenminister Dr. Döberl schickten und von ihm Unterstützung ihres Vorhabens, in die Reichswehr eingestellt zu werden, forderten. Sie gaben an, aus dem Ruhrgebiet zu kommen, nicht länger mehr unter den französischen Bajonetten zu arbeiten und entschlossen zu sein, der französischen Fremdherrschaft mit Waffengewalt ein Ende zu bereiten. Der Minister mußte ihre Forderung natürlich ablehnen und wird die jungen Leute wieder in ihre Heimat zurücksenden.

Es sei bei dieser Gelegenheit erneut darauf hingewiesen, daß außerplanmäßige Einstellungen in die Reichswehr nicht stattfinden können. Wir möchten daher an alle jungen Arbeiter die dringende Mahnung richten, ihr Arbeitsverhältnis nicht ohne weiteres zu lösen und sich irgend welchen Abenteurern anzuschließen, über deren Absichten kein Mensch genau orientiert ist. Eine Aufnahme in die Reichswehr kommt zurzeit überhaupt nicht in Frage und der einzige Erfolg ist dann, daß sie stellunglos in ihre Heimat zurückkehren müssen.

## Das französische Durchwachen.

Paris, 25. Januar.  
„West Parisien“ teilt über die Mission des Ministers für öffentliche Arbeiten und des Generals Weygand, die gestern Abend nach dem Ruhrgebiet abgereist sind, u. a. mit, daß die offene geheime Widerstandskraft der Deutschen im Ruhrgebiet noch lange nicht gebrochen sei. Die Alliierten würden voraussichtlich gezwungen sein, entweder in den Requirierungen oder in der Erhebung der Kohlensteuer eine Pause einzutreten zu lassen.

Die „Sournee Industrielle“ führt im heutigen Leitartikel aus, der erste Verlust der Aktion im Ruhrgebiet könne als beendet gelten. Wir haben in politischer Hinsicht einen Erfolg, in technischer Hinsicht einen Mißerfolg zu verzeichnen. Deutschland könne als Erfolg buchen, daß es den ersten technischen Plan vereitelt habe.

## Sturm auf das Dorten-Organ.

Koblenz, 25. Januar.  
Da in der vergangenen Nacht mit der Ausrufung der „Reinischen Republik“ gerechnet wurde, hatte die Polizei umfangreiche Vorsichtsmaßregeln getroffen und die öffentlichen Gebäude besetzt. Um die Mitternachtsstunde sammelten sich große Menschenmassen vor dem Gebäude des Dorten-Blattes „Der Rheinländer“. Der Polizei gelang es nicht, das Gebäude zu schützen. Die Massen drangen in das Gebäude ein, zertrümmerten die Fenster Scheiben und warfen die Zeitungs-

pakete auf die Straße. Heute vormittag gegen 11 Uhr erfolgte ein neuer Sturm auf die Druckerei, wobei in den Räumen große Verwüstungen angerichtet wurden.

## Gegen die nationalistische Welle.

SPD. Breslau, 25. Januar.  
In einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei wurde nach einem Referat des Genossen Dr. Paul Levo einmütig eine Entschiedenheit angenommen, die den Rechtsbruch im Ruhrgebiet brandmarkt und verurteilt, daß jede Maßnahme einer friedlichen Verständigung ausgenutzt wird. Die Partei soll zu einem entsprechenden Druck auf die Regierung verpflichtet werden. Gegenüber unverantwortlichen Preissteigerungen, die eine Ausdehnung des deutsch-französischen Konfliktes auf den Osten geradezu herbeiwünschen, wird erklärt, daß die schließliche sozialistische Arbeiterschaft jede Abenteuerpolitik im Osten zu verhindern wissen wird.

## Die Regelungen der Ein- und Ausfuhrbewilligungen.

Im. Berlin, 26. Januar.  
Der Reichswirtschaftsminister hat einen Erlaß an den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen ergehen lassen, in dem es u. a. heißt: Unter Bezugnahme auf den Erlaß der Reichsregierung und der Landesregierungen Preußens,

Bayerns, Hessens und Oldenburgs vom 20. Januar weise ich darauf hin, daß die Verordnung der Rheinlandskommission rechtsunwirksam ist. Danach tritt keine Änderung in der Verpflichtung der Exporteure ein, Exportdebiten in der vorgeschriebenen Höhe der Reichsbank in Berlin zuzuleiten, welche dieselben dringend zur Deckung des Devisenbedarfs des Reiches, besonders zur Durchführung der für die Volksernährung unerlässlichen Getreideeinfuhren benötigt. Die Sollstellen des besetzten wie des unbesetzten Gebietes werden angewiesen, alle nach dem 23. Januar erteilten Bewilligungen des Ausfuhramtes Ems oder anderen Bewilligungsstellen der interalliierten Rheinlandskommission nicht anzuerkennen. Berechtigt zur Erteilung von Aus- und Einfuhrbewilligungen auch für Firmen des alt- und neu besetzten Gebietes sind inwieweit nur die dem Reichskommissar für Aus- und Einfuhr bewilligung unterstehenden Bewilligungsstellen, gleichviel ob die Waren aus dem alt- oder neu besetzten Deutschland auszuföhren oder dahin eingeführt werden sollen.

## Erhöhung der Beamtenbezüge.

Bei den am Donnerstag im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Beamten tätigen Verhandlungen über eine Angleichung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbeörden und Reichsbetriebe an die Geldentwertung wurde eine Veränderung erzielt. Danach werden die bisherigen Gehaltsbezüge vorbehaltlich der Genehmigung vom Reichskabinett, Reichsrat und Reichstag für die zweite Januarhälfte um rund 25 Proz. erhöht.

## Mürwik.

Der Reichsausschuß zur Untersuchung der Formwörter gegen die Reichswehr beendete am Donnerstag seine Arbeiten. Die Untersuchung der Vorfälle in der Marinekaserne Mürwik wurde abgeschlossen. Es hat sich ergeben, daß eine ganze Reihe Angehörigkeiten vorkommen sind gegen die aber von den zuständigen Stellen teilweise mit hohen Strafen eingeschritten wurde. Die Schule ist jetzt reorganisiert worden, jedoch sich nach menschlichem Ermessen Vorwürfe wie die, die zu den Klagen Anlaß gaben, nicht wiederholen werden.

## Die Reichsbahn im Jahre 1922 ohne Fehlbetrag.

Berlin, 25. Januar.  
Ebendies wie in den Monaten April bis Oktober 1922 ist auch in der Zeit von Oktober 1922 bis Januar 1923 bei den Reichsbahnen ohne Fehlbetrag gearbeitet worden.

## Neue Erhöhung des Volksschulzulages.

Berlin, 26. Januar.  
Für die Zeit vom 31. Januar bis einschließlich 6. Febr. beträgt das Volksschulzulage 323 400 Prozent gegenüber 222 500 Prozent in der Vorwoche.

## Die Spaltung in der Bühnengenossenschaft.

Der Vorstand des Afa-Bundes schreibt uns:  
Innerhalb der Genossenschaft Deutscher Bühnengenossenschaft hat sich im letzten Jahre ein Organisationskonflikt entwickelt, bei dem die sogenannte Opposition angeblich die Durchführung sachlicher Reformen des Programms und der Satzungen zum Ziele hatte, während tatsächlich persönliche Streben im Mittelpunkt der von der „Opposition“ betriebenen Zerlegungsarbeit standen. Die Richtigstellung, die jene Treibereien durch die Delegierten Tagung der Genossenschaft gefunden haben, hinderte indes ihre Träger nicht, die gekosteten persönlichen Ziele auch weiterhin mit allen Mitteln zu verfolgen. Schließlich ist die Disziplinlosigkeit getönt worden durch die Gründung einer eigenen Organisation, dem sogenannten „Schuhverband der Bühnengenossen“, der vorgibt, nur die organisierte Opposition innerhalb der Genossenschaft zu sein, in Wirklichkeit aber alle Kennzeichen einer völlig selbständigen Konkurrenz-Organisation trägt. Der Schuhverband tritt selbständig als Tarifunternehmer auf. Er kämpft gegen die Durchführung der von der Genossenschaft mit dem Deutschen Bühnenverein abgeschlossenen Tarifvereinbarungen, z. B. gegen die Anerkennung der tariflichen Schlichtungsstellen usw. Er setzt dauernd das Ansehen der Genossenschaft in aller Öffentlichkeit in schlimmster Weise herab. Das verbandshindende Wirken ist um so mehr zu verurteilen, als bei der heutigen wirtschaftlichen Lage der Bühnengenossenschaft allein die Rückkehr dieser ganzen Zerlegungsarbeit nach nur so ist es auch erklärlich, daß die kapitalistische Tagespresse mit besonderer Geringschätzung und großer Ausführlichkeit über jede Versammlung berichtet, in der dieser Schuhverband gegen die Genossenschaft auftritt.

Der Vorstand des Afa-Bundes, dem die Genossenschaft Deutscher Bühnengenossen seit vielen Jahren angeschlossen ist, war genötigt, sich jetzt ebenfalls mit diesen Vorgängen ergebend zu beschäftigen, nachdem wiederholt versucht worden war, örtliche Afa-Kartelle durch falsche Informationen gleichfalls für die dunklen Ziele jenes Schuhverbandes einzupanzen. Er hat deshalb keine Funktionäre im ganzen Reich angewiesen, jede Verbindung mit dem Schuhverband unter allen Umständen abzulehnen und die Genossenschaft Deutscher Bühnengenossen in dem ihr aufzuzwingenden Abwehrkampf tatkräftig zu unterstützen.  
Er hat des weiteren an den Vorstand des DGB, das Er suchen gerichtet, seine Ortsausstände im gleichen Sinne anzuzureifen.

Dollar 21750.









